

Telefon: 233 - 92 430
Telefax: 233 - 27 458

Direktorium
Fachstelle für Demokratie
FgR

Jahresbericht 2020 der Fachstelle für Demokratie
Anlage: Jahresberichte der Kooperationspartner u.a. aus dem Kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 02212

8 Anlagen

Bekanntgabe im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 19.05.2021
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Hintergrund

Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle, um rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirksam entgegenzutreten. Trotz der unzähligen Beispiele für eine intakte, lebendige und verantwortungsvolle Münchner Stadtgesellschaft darf nicht verdrängt werden, dass es auch in München – wie überall in Deutschland – zunehmend zu Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten oder Menschen mit sichtbaren Diskriminierungsmerkmalen kommt.

Die Landeshauptstadt München hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Zuschussnehmer*innen mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Diese erbringen – in einem arbeitsteiligen Vorgehen – unterschiedliche Aktivitäten. Innerhalb dieser Kooperation, die teilweise über das Kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stattfindet, wirken verschiedene Stellen und Initiativen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung auf der Basis ihrer je eigenen Fachlichkeit und Spezialisierung zusammen. Neben dem Bericht der Fachstelle werden dem Stadtrat hier daher eine Reihe weiterer Berichte zugänglich gemacht:

- a) das Stadtjugendamt – Bereich politische Bildung – als Anlaufstelle und für Hilfestellungen für die pädagogische Praxis und unterstützende Beratung im Bereich Rechtsextremismus und Radikalisierung (Anlage 1),
- b) die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm), die den Bereich Recherche, Dokumentation und Information abdeckt (Anlage 2),

- c) die Opferberatungsstelle Before e.V. zur Unterstützung für Betroffene bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt (Anlage 3),
- d) für die pädagogische Vermittlung von Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention das Netzwerk demokratische Bildung (Anlage 4) und das Bildungskollektiv „Die Pastinaken“ (Anlage 5),
- e) die Fachstelle Demokratische Jugendbildung beim Kreisjugendring (Anlage 6)
- f) das Demokratiemobil des Kreisjugendrings München-Stadt (Anlage 7),
- g) das zivilgesellschaftliche Bündnis München ist bunt! e. V. (Anlage 8)

Die Berichte in der Anlage wurden durch die zivilgesellschaftlichen und kommunalen Netzwerkpartner eigenständig erstellt und liegen redaktionell und inhaltlich in der Verantwortung der jeweiligen Verfasser*innen.

2. Bericht der Fachstelle für Demokratie

2.1 Verschwörungserzählungen und Schuldzuweisungen: Antisemitische und rassistische Diskurse im Kontext der Corona-Pandemie

Mit der Corona-Pandemie und der Implementierung der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung hat sich eine neue Protestbewegung herausgebildet. Diese ist geprägt von antiaufklärerischen und verschwörungsideologischen Tendenzen, die verschiedene demokratiefeindliche Milieus verbinden. Von Beginn an spielten – auch in München – Akteur*innen aus der extremen Rechten eine zentrale Rolle.

Im Zuge der Proteste von Corona-Leugner*innen und sogenannten „Querdenkern“ erleben gesellschaftlich tief verwurzelte antisemitische Verschwörungserzählungen eine erneute Konjunktur. Dies gilt auch für geschichtsrevisionistische NS-Vergleiche. Indem sich die Gegner der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit den jüdischen Opfern der NS-Gewaltherrschaft gleichsetzen, relativieren und verharmlosen sie die beispiellosen Verbrechen der Nationalsozialisten.

Das weitere Aufleben antisemitischer Welt- und Feindbilder im Zuge der Corona-Pandemie erinnert in erschreckender Weise an antisemitische Konjunkturen im Kontext historischer Krisen- und Seuchenzeiten. Offen oder implizit bedienen sich die immer weiter verbreiteten Verschwörungserzählungen antisemitischer Mythen und Narrative, die teilweise über Jahrhunderte tradiert wurden (ausführlich hierzu:

https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwoerungsdenken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf). Einmal mehr zeigt sich hier, wie anschlussfähig Antisemitismus in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Milieus – auch in der Mitte der Gesellschaft – bis heute ist.

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich auch rassistische Diskurse zum Teil weiter verschärft. So sehen sich Menschen, die als asiatisch wahrgenommen werden, zunehmend mit Anfeindungen konfrontiert. Auch institutionelle Formen von Rassismus – insbesondere gegenüber schwarzen Menschen – wurden in den vergangenen Monaten verstärkt thematisiert und problematisiert (siehe unten).

Grundsätzlich zeigt sich, dass die Hemmschwelle für offen antisemitische, rassistische und geschichtsrevisionsistische Äußerungen und Angriffe auch in München schrittweise weiter gesunken ist – mit fatalen Folgen für unmittelbar Betroffene und für unsere Demokratie als Ganzes.

Die Fachstelle für Demokratie wirkte hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten an Gegenmaßnahmen mit. Zum Auftakt der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021 setzte sich die Fachstelle mit einer Veranstaltung unter dem Titel „Solidarität in Zeiten von Corona. Gegen die Radikalisierung rassistischer und antisemitischer Diskurse im Kontext der Pandemie“ mit den besonderen Herausforderungen in Corona-Zeiten auseinander.

2.2 Black Lives Matter-Proteste im Sommer 2020

Im Sommer 2020 gab es eine starke Mobilisierung gegen Anti-Schwarzen-Rassismus, wobei in München ca. 20.000 Teilnehmer*innen dem Mobilisierungsauf Ruf u.a. der Organisation Black Lives Matter folgten. Thematisch fokussierte sich der Protest insbesondere auf die strukturelle Diskriminierung schwarzer Menschen und auf rassistische Kontrollpraktiken. Die Proteste verdeutlichten, wie groß der Bedarf und die Notwendigkeit auch in München sind, sowohl über den alltäglichen als auch den institutionell und strukturell verankerten Rassismus in unserer Gesellschaft zu sprechen. Es ist davon auszugehen, dass diese Debatte auch in den kommenden Jahren immer wieder in der Münchner Stadtgesellschaft geführt werden wird.

Als Konsequenz aus der erfolgreichen Mobilisierung haben sich verschiedene Organisationen aus der Schwarzen Community zusammengeschlossen und der Stadt einen Aktionsplan vorgelegt. Die Fachstelle befindet sich hier in Gesprächen. Die Initiator*innen des Aktionsplans werden einen Teil der Forderungen auch direkt an den Stadtrat adressieren.

2.3 Von der Haltung zur Handlung: Erheblicher Anstieg der Hasskriminalität in München

Hasskriminalität beschreibt Straf- und Gewalttaten, die aus einer rassistischen, antisemitischen oder einer anderen menschenfeindlichen Vorurteilmotivation heraus begangen werden. Für die Einordnung ist nicht entscheidend, ob der*die Täter*in einer rechtsextremen Organisation angehört oder ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hat. Vielmehr zählt, ob der*die Täter*in bei der Tat (auch) durch Vorurteile gegenüber bestimmten vulnerablen Gruppen geleitet wurde. Das Konzept ist daher geeignet, Phänomene von vorurteilsmotivierter Kriminalität in vielfältigen (Stadt-)Gesellschaften abzubilden. So kommt die Fachkommission Integrationsfähigkeit der Bundesregierung in ihrem Abschlussbericht 2021 zum Ergebnis, „dass etwa die Hälfte der Hassgewalttäterinnen und -täter keiner strukturell oder ideologisch gefestigten Gruppe angehörte.“¹ Beim allergrößten Teil der Taten geht die Polizei von einer rechten Orientierung bzw. einer rechtsextremistischen Motivation aufseiten der Tatverdächtigen aus (ebd.: 66).

An (vulnerable) Bevölkerungsgruppen – oder Personen, die aus Sicht der Täter*innen einer dieser Gruppen zuzuordnen sind – sendet Hassgewalt eine massiv verunsichernde Botschaft. So stellt auch die Fachkommission fest: „Hassgewalt hat viele Gesichter. Sie kann emotional und spontan, aber auch kaltblütig-berechnend und von langer Hand geplant sein. Aus Sicht der Täterin oder des Täters ist das Opfer in seiner negativ attribuierten Gruppe beliebig austauschbar. Hassverbrechen senden daher immer auch eine „Botschaft“ an die gesamte vulnerable Gruppe, der das Opfer zugerechnet wird und die Verletzung der Würde des Opfers wird dabei in Kauf genommen oder ist gar beabsichtigt.“ (ebd.: 68/69).

1 Fachkommission Integrationsfähigkeit (2021), Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, Berlin, S. 69

Laut dem Sicherheitsreport des Polizeipräsidiums München ist die Hasskriminalität in München 2019 im Vergleich zum Vorjahr um fast 34% – und damit erheblich – angestiegen. Für das Jahr 2020 verzeichnet der aktuelle Sicherheitsreport einen weiteren Anstieg um 38,3%. Laut Presseberichten² und nach Einschätzung der Fachstelle für Demokratie wird sich dieser Trend fortsetzen, wobei von einem sehr relevanten Dunkelfeld auszugehen ist.

2.4 Kommunalwahlen 2020

Bei den Kommunalwahlen im März 2020 traten in München erneut sowohl die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) als auch die „Alternative für Deutschland“ (AfD) an. Die BIA nominierte für die Wahl des Oberbürgermeisters zunächst den von Sicherheitsbehörden als „rechten Gefährder“³ eingestuften Heinz Meyer, Vorsitzender des rechtsextremistisch geprägten Vereins „PEGIDA-München – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen e. V.“ (PEGIDA-München e. V.). Hier zeigte sich deutlich die verstärkte Zusammenarbeit zwischen BIA und PEGIDA, die sich in München schon vorher abgezeichnet hatte. Spitzenkandidat der BIA für die Wahl des Stadtrats war Karl Richter, der für die NPD-Tarnliste bereits seit 2008 im Stadtrat saß. Im Wahlkampf veranstaltete die BIA fast täglich Dauerkundgebungen auf vielbesuchten Plätzen in München. Rassistische und antisemitische Agitation durch Redebeiträge waren dabei ebenso fester Bestandteil wie provozierende Plakate und Flugblätter. Ein Motiv zeigte beispielsweise den Oberbürgermeister-Kandidaten der BIA wie er mit Sonnenbrille und Maschinengewehr vor dem Münchner Rathaus posierte. Einige Wochen vor der Wahl wurde Heinz Meyer jedoch vom Wahlausschuss von der Oberbürgermeister-Wahl ausgeschlossen. Letztlich verfehlte die BIA auch den Wiedereinzug in den Münchner Stadtrat. Dieser gelang hingegen der AfD. Nachdem sie bei den Kommunalwahlen 2014 zwei Sitze im Stadtrat erhielt, stellt die AfD nun drei Stadtratsmitglieder. Zum ersten Mal trat die AfD auch bei der Wahl der Bezirksausschüsse an und ist nun mit insgesamt 16 Vertreter*innen in 13 Münchner Bezirksausschüssen vertreten.

2.5 Angriffe auf Pressevertreter*innen und Instrumentalisierung der Pressefreiheit durch rechtspopulistische und rechtsradikale Medienaktivist*innen

Vor allem bei Versammlungen aus dem Umfeld der sog. „Querdenken“-Bewegung kam es im vergangenen Jahr vermehrt zu verbalen und teils auch körperlichen Angriffen auf Journalist*innen. In der Vergangenheit waren Pressevertreter*innen vor allem bei Versammlungen der extremen Rechten auf diese Weise bei ihrer Arbeit behindert worden. Nun ist auch eine entsprechende Radikalisierung bei „vermeintlich bürgerlichen“ Versammlungsteilnehmer*innen festzustellen. „Die Presse“ bzw. „die Medien“ werden zunehmend zum Feindbild erklärt und entsprechend aggressiv angegangen. Besorgniserregend ist aus Sicht der Fachstelle für Demokratie in diesem Zusammenhang auch, dass Journalist*innen (sowie Gegendemonstrant*innen oder opponierende Teilnehmer*innen) von Versammlungsteilnehmer*innen gezielt fotografiert werden, um diese Bilder dann online, auf extrem rechten Blogs sowie über Telegram-Kanäle und entsprechende Chatgruppen zu verbreiten – nicht selten verbunden mit Beleidigungen und Drohungen.

Steht also einerseits eine Gefahr für die Pressefreiheit zu befürchten, so ist andererseits auch eine Instrumentalisierung der Meinungs- und Pressefreiheit durch rechtspopulistische und rechtsradikale Akteur*innen zu beobachten. Diese treten bei Versammlungen als „Journalist*innen“ auf, wären tatsächlich aber treffender als „Medienaktivist*innen“ zu

2 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-hasskriminalitaet-bilanz-2020-1.5176782>

3 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/pegida-muenchen-meyer-gefaehrder-1.4502050>.

bezeichnen. Sie besuchen gezielt (Gegen-)Demonstrationen der „politischen Gegner*innen“ (z.B. Versammlungen von „Fridays for Future“ oder „München ist bunt!“) und fotografieren bzw. filmen dort Versammlungsteilnehmer*innen. Zum Teil werden die Personen dabei gegen ihren Willen fotografiert bzw. gefilmt. Zum Teil erklären sich Versammlungsteilnehmer*innen jedoch auch dazu bereit, vor laufender Kamera ein Interview zu geben und werden dann häufig in unangenehme Situationen gebracht. In beiden Fällen werden die Aufnahmen anschließend – teils das tatsächliche Geschehen verzerrend zusammengeschnitten und/oder mit bloßstellenden oder herabwürdigenden Kommentaren versehen – auf einschlägigen Internetseiten wie „PI-News“ oder in sozialen Netzwerken veröffentlicht und für Kommentierungen freigegeben. Nicht selten folgen Beleidigungen und Drohungen gegen die abgebildeten Personen. So versuchen einzelne Akteur*innen aus dem rechten Spektrum, den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit gezielt für ihre Zwecke zu nutzen. Dieses Vorgehen führt zu einer hohen Emotionalisierung von Situationen im Bereich des Versammlungsgeschehens und wird sicher auch in Zukunft eine erhebliche Herausforderung für die damit befassten Behörden darstellen.

Die Fachstelle für Demokratie wird daher im Jahr 2021 einen Flyer herausgeben, der Bürger*innen, die sich aktiv am Versammlungsgeschehen beteiligen möchten, Hinweise dazu gibt, wie sie sich vor rechtspopulistischen und rechtsradikalen Medienaktivist*innen schützen können.

2.6 Zunahme rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlicher Vorfälle an Schulen, Etablierung einer zentralen Anlaufstelle bei der Fachstelle für Demokratie

Der Fachstelle für Demokratie wurden in den Jahren 2019 und 2020 zahlreiche Fälle bekannt, in denen volksverhetzende, antisemitische und rassistische Äußerungen (on- und offline) im schulischen Kontext zu verzeichnen waren: Diese reichten von rassistischen, antisemitischen oder NS-verherrlichenden Äußerungen in Form von „Witzen“ über die rassistische und antisemitische Ausgrenzung und Beleidigung von Mitschüler*innen bis hin zu konkreten Gewaltphantasien gegen bestimmte Bevölkerungsteile. So wurden der Fachstelle (als Stelle, die diese Themen in der Stadtverwaltung zentral bündelt) alleine von Oktober 2019 bis Oktober 2020 (trotz der zeitweisen Schließung der Schulen aufgrund der Corona-Pandemie) knapp 20 derartige Fälle an Münchner Schulen bekannt und – teilweise in Kooperation mit dem Stadtjugendamt (Bereich politische Bildung) – beraten. Im Dezember 2020 beschloss der Münchner Stadtrat daher, die Fachstelle für Demokratie weiter auszubauen und dort eine*n Ansprechpartner*in für die Erstberatung derartiger Sachverhalte im schulischen Kontext anzusiedeln.

3. Besondere Aktivitäten der Fachstelle für Demokratie in 2020 bis 03/2021

3.1 Weiterführung der Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020.“

Die Fachstelle entwickelte im Vorfeld zur Kommunalwahl 2020 die parteipolitisch neutrale Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020.“. Diese richtet sich an alle wahlberechtigten Münchner*innen. Auf der Kampagnenseite www.muenchenwaehl.de findet sich vielfältiges Material für Bürger*innen, um sich selbstständig über Fragen der Kommunalpolitik zu informieren. Teile des Materials wenden sich auch explizit an Multiplikator*innen in der Stadtgesellschaft, beispielsweise an Lehrkräfte, Angestellte sozialer Einrichtungen und ehrenamtlich engagierte Menschen. Das Angebot wird über die Kommunalwahl 2020 hinaus weiter ausgebaut und ausdifferenziert. Mittelfristig entsteht so eine parteipolitisch neutrale Plattform zur Information über kommunalpolitische Themen und Prozesse in München.

3.2 Das Demokratie-Lokal in den Nachbarschaftstreffs

Im Zuge der gesamtstädtischen Vernetzungsinitiativen der Fachstelle entstanden unterschiedliche Initiativen und Modellprojekte. Eines dieser Projekte ist das „Demokratie-Lokal“. Es ist verortet bei den Münchner Nachbarschaftstreffs und soll die Treffleitungen bei der Ausarbeitung und Durchführung von Maßnahmen unterstützen, die der Förderung der demokratischen Teilhabe dienen. Das Projekt konnte bis 2021 mit der Unterstützung des Sozialreferats aus Restmitteln finanziert werden. Ab 2021 wird das Projekt dauerhaft von der Landeshauptstadt gefördert und ist bei der Fachstelle angesiedelt.

3.3 Hearing „Schutz für jüdische und muslimische Einrichtungen in München“

Am 9. Juli 2020 organisierte die Fachstelle für Demokratie im Auftrag des Stadtrates ein Hearing zum Thema „Sicherheit für jüdische und muslimische Einrichtungen in München“. Hintergrund dieses Hearings waren die Anschläge von Halle und Hanau. Diese vorurteilsgeleiteten Terrorakte hatten in Teilen der muslimischen und der jüdischen Community in München Ängste bezüglich der Sicherheitslage ausgelöst bzw. verstärkt. Daher baten die Stadtratsfraktionen von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt darum, bei dieser hochkarätig besetzten Veranstaltung gemeinsam zwischen Stadt und dem Polizeipräsidium München die Sicherheitslage zu analysieren. Aus diesem Hearing entstanden im Nachgang eine Reihe von Initiativen, die sich in der Beschlussvorlage 20 - 26 / V 02162 vom 27.01.2021 wiederfinden.

3.4 Ausbau der Fortbildungsangebote der Fachstelle

Seit nunmehr drei Jahren führt die Fachstelle für Demokratie Fortbildungen mit dem Titel „Entschieden auftreten gegen Rechtsextremismus/Rassismus/Antisemitismus/Menschenfeindlichkeit“ für die Beschäftigten der Landeshauptstadt München durch. Da sich Mitarbeiter*innen, die im direkten Publikumsverkehr stehen, immer häufiger mit rassistischen, diskriminierenden und menschenfeindlichen Aussagen konfrontiert sehen, gibt die Fachstelle ihnen niederschwellige Handlungsempfehlungen, wie sie im beruflichen Alltag entschieden und angemessen reagieren können. Die Fachstelle für Demokratie arbeitet mit dem Geschwister-Scholl-Institut der LMU zudem daran, das Konzept „Den Menschen im Blick“ auf die Münchner Stadtverwaltung zu übertragen. Im Zentrum des Konzepts steht eine Weiterentwicklung von Verwaltungsdenken und -handeln in Bezug auf unsere zunehmend plurale, vielfältige und moderne Stadtgesellschaft. Hiermit folgt die Fachstelle neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen und kann gleichzeitig den Beschäftigten wichtige Leitlinien für die Arbeit in einer modernen Stadt an die Hand geben.

3.5 Verstärkte Beratung städtischer Verwaltungseinheiten, Eigenbetriebe und Gesellschaften

Um Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit besser erfassen und im Anschluss bearbeiten zu können, ist es unerlässlich, einen Überblick über das Ausmaß des Problems zu erlangen. Auf die Notwendigkeit solcher Monitorings – auch im kommunalen Bereich – verweist auch die Fachkommission „Integrationsfähigkeit“ der Bundesregierung.⁴

Da München über die größte Kommunalverwaltung Deutschlands verfügt und diese eine Vielzahl von Eigenbetrieben, städtischen Unternehmen etc. umfasst, können nicht alle Sachverhalte, die sich innerhalb der Organisationsstrukturen oder im Kontakt zwischen Bürger*innen und diesen Institutionen abspielen, einfach bei der Fachstelle gebündelt werden. Es bedarf da-

⁴ Fachkommission Integrationsfähigkeit (2021), Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, Berlin,

her der Implementierung von Ansprechpartner*innen und klaren Beschwerdewegen, sowie von Fortbildungen und Leitbildern, die eine klare Haltung bezüglich dieser Themen zum Ausdruck bringen, in den einzelnen Bereichen der Stadtverwaltung.

Daher hat die Fachstelle Hinweise für die einzelnen Betriebe, Bereiche und Unternehmen entwickelt, um diese bei der klaren Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie für Demokratie zu unterstützen. Diese Beratungsprozesse umfassen in der Regel:

1. die Analyse und bei Bedarf Optimierung des aktuellen Leitbildes im Hinblick auf die klare Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit;
2. die Benennung einer Ansprechperson im Bereich der Geschäftsleitung, die für Beschwerden und Hinweise aus der eigenen Belegschaft zur Verfügung steht;
3. klare Beschwerdestrukturen und Verantwortlichkeiten im Bereich des Kundenmanagements, soweit sich der Betrieb / das Unternehmen / die Einrichtung durch vielfältige Kundenkontakte auszeichnet;
4. Schulungen der Führungskräfte und / oder von Mitarbeiter*innen zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, um die Sensibilität bei den Verantwortlichen zu erhöhen und einen aktiveren Umgang mit der Problematik zu befördern;
5. die Verbesserung der Beratung für von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit Betroffenen Kund*innen, Klient*innen oder Mitarbeiter*innen durch Bekanntmachung der spezialisierten Beratungsangebote in diesem Bereich;
6. einen regelmäßigen, halbjährlichen Austausch zwischen den Ansprechpartner*innen im Unternehmen / Bereich / in der Einrichtung und der Fachstelle für Demokratie, um den Gesamtüberblick zu verbessern. Perspektivisch werden Berichte der einzelnen Bereiche / Einrichtungen / städtischen Unternehmen im Rahmen des jährlichen Berichts der Fachstelle an den Stadtrat verankert. Für den Einstieg in die konkreten Beratungsprozesse sind häufige Auslöser a) konkrete Unterstützungsbedarfe, die aus der Belegschaft gemeldet werden oder b) Vorfälle im Unternehmen / der Institution / der Einrichtung, die den Handlungsdruck auf die Institution erhöhen.

Aktuell befindet sich die Fachstelle in derartigen Beratungsprozessen mit

- GWG und Gewofag
- KVR (KAD)
- SWM / MVG
- Jobcenter
- Jüdisches Museum
- NS-Dokumentationszentrum

3.6 Internationale Wochen gegen Rassismus – für 100% Menschenwürde

Im Jahr 2020 standen die Internationalen Wochen gegen Rassismus unter dem Titel „Gesicht zeigen – Stimme erheben“. Mehr als 80 Einrichtungen aus allen Bereichen der Münchner Stadtgesellschaft hatten über 100 Veranstaltungen geplant, um sich klar gegen Rassismus zu positionieren. Leider musste das von der städtischen Fachstelle für Demokratie koordinierte Veranstaltungsprogramm aufgrund der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 jedoch ausfallen. Die Auftaktveranstaltung mit dem Titel „München 2020 – Impulse

für eine vielfältige und solidarische Stadtgesellschaft“ wurde am 10. Dezember 2020 – dem Internationalen Tag der Menschenrechte – online nachgeholt. Das Video der Veranstaltung mit Ferda Ataman, Lena Gorelik und Alice Hasters ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Kampagnen/M-nchen-2020---Impulse.html>

2021 fanden die Internationalen Wochen in München vom 12. März bis zum 28. März unter dem bundesweiten Slogan „Solidarität Grenzenlos“ statt. Die Fachstelle koordinierte hierzu erneut einen umfangreichen und vielfältigen Veranstaltungskatalog mit zahlreichen Kooperationspartnern in der gesamten Stadt. Die Veranstaltungen fanden größtenteils online statt. Zusätzlich platzierte die Fachstelle das Thema über eine begleitende Kampagne mit Spots gegen sowie einem Erklärfilm zu Rassismus online und in Bus, Bahn, Tram und S-Bahn.

3.7 Oktoberfestattentat: Einordnung durch den Generalbundesanwalt, Abendveranstaltung und Fonds

Am 26. September 2020 jährte sich der rechtsextreme Anschlag auf das Oktoberfest zum 40. Mal. Zahlreiche Überlebende und Nachkommen nahmen an der Gedenkveranstaltung an der Theresienwiese teil. Neben Bundespräsident Frank Walter Steinmeier, Ministerpräsident Markus Söder, Oberbürgermeister Dieter Reiter und Pia Berndt (DGB Jugend München) standen insbesondere die Wortbeiträge von Überlebenden im Zentrum. Gudrun Lang, Robert Höckmayr, Renate Martinez und Dimitrios Lagkadinou sprachen stellvertretend für die Überlebenden. Im Anschluss wurde der neue Erinnerungsort der Öffentlichkeit übergeben. Die Redebeiträge sind hier abrufbar:

<https://dokumentation-oktoberfestattentat.de/de/presse/>

Am Abend führte die Fachstelle für Demokratie in Kooperation mit zahlreichen Partnerorganisationen aus der Stadtgesellschaft eine Abendveranstaltung durch. Hierbei wurde insbesondere über Parallelen zu anderen rechtsterroristischen Anschlägen gesprochen, wobei insbesondere die Vernachlässigung der Perspektive der Betroffenen und Überlebenden während der Ermittlungen und auch bei der gesellschaftspolitischen Aufarbeitung des Attentats sowie die regelmäßig vertretene „Einzeltäter“-Theorie im Zusammenhang mit rechtem Terror genannt wurden. Rechtsanwalt Werner Dietrich ordnete in beeindruckender Weise die Zusammenhänge des Anschlags, sowie die Einstellung des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt ein. Das Video zur Veranstaltung findet sich hier:

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Kampagnen/Das-Oktoberfestattentat-und-die-Kontinuit-ten-rechten-Terrors.html>

In der Woche vor dem Gedenkakt gaben die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München bekannt, dass sie einen gemeinsamen Fonds einrichten werden, um den Menschen, die heute noch unter den Folgen des Anschlags leiden, eine Solidarleistung zu gewähren. Die Landeshauptstadt München wurde mit der Verwaltung des Fonds betraut, die Federführung hierfür liegt bei der Fachstelle für Demokratie. Das Sozialreferat übernimmt die Prüfung und Verbescheidung der bis zum 31.03.2021 stellbaren Anträge, das Gesundheitsreferat unterstützt bei der Prüfung nach Fachlichkeit.

Erklärtes Ziel ist es, den Überlebenden möglichst unbürokratisch und ohne Retraumatisierung eine Solidarleistung für ihr erfahrenes Leid zukommen zu lassen. Informationen hierzu finden sich unter: <https://www.muenchen.de/solidarleistung-oktoberfestattentat>

3.8 Lange Nacht der Demokratie

Seit 2018 ist der Internationale Tag der Demokratie fester Bestandteil des Veranstaltungsprogramms der Fachstelle für Demokratie. Zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit sollten bayernweit Veranstaltungen durchgeführt werden. Aufgrund der Pandemie musste das Programm jedoch umgestellt werden. Zusammen mit Kooperationspartnern, insbesondere dem Wertebündnis Bayern und dem Netzwerk politische Bildung, fand im Münchner Werksviertel ein Abendprogramm mit Live-Stream statt. Zentraler Programmpunkt war ein Gespräch zwischen dem Münchner Schirmherren Oberbürgermeister Dieter Reiter und der bayernweiten Schirmherrin, der Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Hierbei diskutierten die beiden insbesondere über rechtsradikale Angriffe auf die Demokratie und ihre Institutionen, sowie ihre jeweils persönlichen Erfahrungen und Umgang damit. Das Programm kann weiterhin abgerufen werden: <https://www.lnnd.de/>

4. Ausblick: Die Aktivitäten der Fachstelle für Demokratie im Jahr 2021

Neuaufgabe von Broschüren und neue Broschüren der Fachstelle für Demokratie

Über die vergangenen Jahre hinweg gab es aus dem gesamten Bundesgebiet eine rege Nachfrage nach der Broschüre „Rechtsextreme Anmietungen. Schutz für Kommunen und Vermieter“, die rechtlich fundierte Hinweise sowohl für Kommunen als auch für private Vermieter*innen enthält, wie sie sich am besten vor Anmietungen durch die extreme Rechte schützen können. Diese Broschüre wurde nun unter dem Titel „Anmietungen durch rechtsextreme, rassistische, antisemitische und sonstige demokratie- und menschenfeindliche Organisationen und Personen. Schutz für Kommunen und Vermieter*innen“ neu aufgelegt. Gänzlich neu veröffentlicht wird von der Fachstelle für Demokratie die Broschüre „Verein(t) gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein vereinsrechtlicher Leitfaden zum Ausschluss rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Mitglieder“. Diese enthält Tipps und Hinweise für Vereine sowie Personen, die einen Verein gründen wollen, wie sie den Verein vor einer Unterwanderung oder Instrumentalisierung durch die extreme Rechte schützen können.

Beide Broschüren können ab März 2021 heruntergeladen

(<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Materialien-und-Brosch-ren.html>) oder in Papierform bei der Fachstelle für Demokratie bestellt werden.

Hearing Hasskriminalität

Im Jahr 2019 beauftragte der Münchner Stadtrat die Fachstelle für Demokratie, eine Studie zu „Hasskriminalität in München“ durchzuführen. Durch die Corona-Pandemie wurde diese mit einer gewissen Verzögerung im Frühjahr 2021 fertiggestellt. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem Austausch zu gesellschaftspolitischen Themen im Rahmen von öffentlichen Hearings (vgl. Hearing „Sicherheit von jüdischen und muslimischen Einrichtungen in München“), beauftragte der Stadtrat die Fachstelle, die Studie im Rahmen eines solchen Hearings im ersten Halbjahr 2021 vorzustellen.

München-Monitor

Im Januar 2021 beauftragte der Münchner Stadtrat die Fachstelle für Demokratie, einen München-Monitor auszuschreiben. Dieser soll wie der Berlin-Monitor und der Thüringen-Monitor sowohl menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen in der Münchner Stadtgesellschaft erheben und dadurch bearbeitbar machen, als auch Diskriminierungserfahrungen in München vertieft erforschen und Empfehlungen abgeben, wie hier die von Diskriminierung betroffenen Teile der Münchner Stadtbevölkerung besser geschützt werden können.

Gedenken der Opfer rechten Terrors: OEZ-Attentat (5. Jahrestag), NSU (20. Jahrestag der Ermordung von Habil Kılıç, 10 Jahre Selbstenttarnung NSU)

Am 22. Juli 2016 – auf den Tag genau fünf Jahre nach den grausamen rechtsterroristischen Anschlägen von Oslo und Utøya – wurden am Olympia-Einkaufszentrum in München neun Menschen ermordet. Trotz der eindeutigen Hinweise auf die rassistische Motivation des Täters, rückten die Sicherheitsbehörden zunächst persönliche Motive in den Vordergrund. Das wiederkehrende Narrativ vom „Einzelfall“ und vom (persönlich und psychisch belasteten) „Einzeltäter“ verstellte einmal mehr den Blick auf ideologische Hintergründe und gesellschaftliche Zusammenhänge. Vor diesem Hintergrund wird die Fachstelle für Demokratie zum 5. Jahrestag des **OEZ-Attentats** gemeinsam mit vielen Partnerorganisationen aus der Stadtgesellschaft im Rahmen einer Podiumsdiskussion, bei der voraussichtlich Betroffene der Anschläge vom OEZ, von Halle und von Hanau vertreten sind, folgenden Fragen nachgehen: Welche ideologischen Zusammenhänge, Strukturen und (Online-) Netzwerke bestehen zwischen den verschiedenen Anschlägen der vergangenen Jahre und weshalb bleiben diese noch immer oft unterbelichtet? Welche Auswirkungen haben diese Anschläge sowohl auf die unmittelbar Betroffenen als auch auf all jene Menschen, die sich davon (mittelbar) mitgemeint, angegriffen und bedroht fühlen? Wie haben die Betroffenen die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen wahrgenommen und welche Art der Solidarisierung haben sie erfahren bzw. hätten sie benötigt oder sich gewünscht? Und warum ist gerade diese Solidarisierung mit den (un-)mittelbar Betroffenen und Angegriffenen sowie der gemeinsame Widerstand gegen die fortschreitende Radikalisierung von rassistischen und antisemitischen Diskursen für eine vielfältige, solidarische und demokratische Gesellschaft ganz zentral und unerlässlich?

Einen weiteren Schwerpunkt bildet im Jahr 2021 das Gedenken an die Opfer des **NSU in München**. In diesem Jahr erinnern wir anlässlich seines 20. Todestages insbesondere an Habil Kılıç. Hierzu wird die Landeshauptstadt München einen Gedenkakt durchführen, an dessen Konzeption sich auch die Fachstelle beteiligt.

Anlässlich der Selbstenttarnung des NSU vor nunmehr 10 Jahren wird die Fachstelle für Demokratie zusammen mit Kooperationspartner*innen aus der Stadtgesellschaft am 4. November eine Abendveranstaltung durchführen. Thematisch werden dabei folgende Schwerpunkte gesetzt: Wie hat sich die mangelnde Aufklärung der Taten bis heute auf die rechtsradikale Szene ausgewirkt? Warum wurden die strukturellen Probleme in den Sicherheitsbehörden bis heute nicht ausreichend in Angriff genommen? Welche Fragen und auch Forderungen sind seit dem Ende des Prozesses gegen die NSU-Terrorzelle in München weiter offen geblieben und sollten erneut in der Öffentlichkeit verhandelt werden?

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III. über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an das Sozialreferat, S-II-KJF/JA
z. K.

V. Wv. -Direktorium - FgR

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

Am